

Artikel von Drogenarzt sorgt für Aufregung – Klinik distanziert sich

Der Bund, 4.9.2010

Der Hausarzt der Drogenklinik Marchstei in Kehrsatz kritisiert in einem Bulletin die «liberale» Drogenpolitik. Die Klinik entzieht ihm das Mandat als ärztlicher Leiter.

Martin Zimmermann

In der Mai-Ausgabe des Bulletins «Eltern gegen Drogen» kritisiert der Arzt Daniel Beutler die «fragwürdigen Folgen des revidierten Betäubungsmittelgesetzes». Hauptvorwurf: Das neue Gesetz, das teilweise schon in Kraft ist, erleichtere Süchtigen den Zugang zur staatlichen Drogenabgabe zu sehr und erschwere den Ausstieg aus der Sucht. Der Artikel hätte wohl kaum Aufsehen erregt, wenn es sich beim Autor nicht um den externen Mediziner der Entzugsklinik Marchstei in Kehrsatz handelte. Um seine Thesen zu untermauern, zitiert er sogar zwei anonymisierte Fälle aus der Klinik. Die Patienten seien quasi ins Heroinabgabeprogramm abgedrängt worden, so der Tenor des Artikels.

Mittlerweile hat sich die Klinikleitung von den Aussagen ihres Arztes distanziert. Diese hatten jedoch bereits berufliche Folgen für ihn: Er firmiert nicht mehr als ärztlicher Leiter der Klinik wie bisher, sondern nur noch als Hausarzt. Dies schreibt die Leitung in einer Stellungnahme an andere Institutionen im Suchtbereich und an den Kanton Bern. Der Marchstei stehe hinter der aktuellen Drogenpolitik und arbeite mit anderen Institutionen und den Behörden zusammen, erklärt Klinikchef Stefan Weigelt auf Anfrage: «Doktor Beutler vertrat in dem Artikel nur seine private Meinung.» Die beschriebenen Fälle seien plakativ geschildert und ungenügend recherchiert. Abgesehen von diesem Vorfall sei die Zusammenarbeit mit Beutler – der yeder Mitglied der Klinikleitung noch des Vereins Marchstei ist - jedoch gut. Deshalb wolle man den Arzt weiterhin beschäftigen, sagt Weigelt.

Arzt räumt Fehler ein

Beutler selbst ist kein Unbekannter: Er engagiert sich als Co-Präsident im Dachverband Drogenabstinenz Schweiz. In dieser Funktion äusserte er sich in den Medien schon mehrere Male kritisch über die «liberale» Schweizer Drogenpolitik.

Die Klinik Marchstei in Kehrsatz nahm ihren Betrieb 1992 in eigen als Drogenentzugsstation Marchstei auf. Sie bietet derzeit drei Plätze im stationären Entzug an. Bei der Gründung der Klinik galt der Kanton Bern als Mekka für Entzugseinrichtungen aller Art. Mit der Wende zu einer drogengestützten Behandlung von Suchtkranken schlossen viele dieser Kliniken wieder ihre Tore. (mzi)

Beutler distanziert sich aber inzwischen teilweise vom Artikel: Diesen habe er unter Zeitdruck verfasst, sagt er. Natürlich sei da vieles «etwas plakativ» dargestellt. Und:

«Die Klinik da mit hineinzuziehen, war ein Fehler.» Der Marchstei helfe den Menschen beim Drogenentzug und sei eine «feine Institution». Er habe die beiden Fälle bloss als Beispiele für eine fehlgeschlagene Drogenpolitik benutzt. Fachlich sei aber bei der Behandlung der beiden Patienten alles absolut korrekt verlaufen. Mit der Organisation «Eltern gegen Drogen» von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler habe er nicht direkt zu tun, erläutert der Arzt. Sein Dachverband nutze lediglich das gleiche Publikationsorgan.

Eine Debatte von vorgestern

Die Zeitschrift «Eltern gegen Drogen» findet in Fachkreisen nur wenig Beachtung. Sie wird allerdings an Mitglieder des Grossen Rates verschickt. Dort sorgte der Artikel für Stirnrunzeln - schliesslich hat die Klinik Marchstei mit dem Kanton einen Leistungsvertrag vereinbart und bezieht Gelder von der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Die Stellungnahme habe die Marchstei-Leitung auf ihre Anfrage hin verfasst, erklärt Grossrätin Barbara Mühlheim (Grüne) gegenüber dem «Bund». Mühlheim leitet die heroingestützte Behandlung Koda in Bern. Sie sei froh, dass die Klinik die Dinge nun richtiggestellt habe, sagt sie. Die fachliche Diskussion zwischen einer drogengestützten Behandlung von Suchtkranken und einer auf reine Abstinenz ausgerichteten Therapie sei nämlich «ein alter Hut». Beutlers Meinung treffe man heute unter Fachleuten kaum noch an. «Diese Diskussion war vor 20 Jahren aktuell.» In der Praxis arbeiteten Entzugskliniken und Drogenabgabestellen seit Jahren eng und erfolgreich zusammen, sagt Mühlheim.

Redaktion "Der Bund"
3001 Bern
www.derbund.ch

Datum: 04.09.2010

Kommentar:

Die freie Meinungsäusserung ist wirklich in Gefahr, wenn ein Arzt nicht mehr seine Meinung zu aktuellen gesundheitspolitischen Fragen äussern darf. In diesem Falle hat ein Arzt wegen seinen kritischen Äusserungen zur Rehabilitation von Drogensüchtigen seine Stellung als Leiter verloren. Seine Sicht der Rehabilitationsziele bei einem Süchtigen sind nicht veraltet. Die Diskussion, was wir als Behandlungsziel bei Drogensucht anstreben wollen, muss ungehindert weiter gehen können. Dazu sind Erfahrungen Aussagen von Personen, die in diesem Bereich arbeiten, wertvoll und verdienen gehört zu werden.